

Wählergemeinschaft PRO Coburg

96450 Coburg

Ketschendorfer Str.41a



Herrn Oberbürgermeister der Stadt Coburg
Norbert Tessmer
Markt 1
96450 Coburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Tessmer,

im Namen der Stadtratsfraktion der Wählergemeinschaft PRO Coburg stellen wir folgenden Antrag:

Einrichtung eines Jugendparlaments

Der Stadtrat möge in seiner Sitzung beschließen:

- Die Stadt Coburg richtet ein Jugendparlament für junge Menschen zwischen 14 Jahren und 18 Jahren ein.
- Die Anzahl der Mitglieder des Jugendparlamentes beträgt bis zu 15 Personen.
- An der Wahl teilnehmen können alle jungen Frauen und Männer zwischen 14 und 18, deren Hauptwohnsitz in Coburg liegt.
- Die erste Wahl zum Jugendparlament findet bis zum Juli 2020 statt.
- Das Jugendparlament soll einmal im Monat tagen.
- Um möglichst viele junge Menschen zur Teilnahme zu bewegen, soll die Stimmabgabe ausschließlich online erfolgen. Das bedeutet, dass alle Wahlberechtigten per Post informiert werden und – analog der Wahlen zum Jugendparlament Leipzig - ein Zugangskennwort für die Online-Wahl erhalten, der sich nicht auf den Wähler zurückverfolgen lässt.
- Das Coburger Jugendparlament versteht sich als offizielles Vertretungsorgan der Coburger Jugendlichen gegenüber dem Stadtrat. Es wird alle zwei Jahre gewählt und besitzt Rede- und Antragsrecht im Stadtrat. Das ist wichtig, um wirklich Beteiligung und damit einen Mehrwert zu schaffen
- Jeder Wahlberechtigte soll bis zu drei Stimmen haben, die er auf einen Bewerber kumulieren oder auch auf mehrere Bewerber verteilen kann.
- Die Beschlüsse des Jugendparlamentes werden – analog den Beschlüssen der Bürgerversammlungen – im Stadtrat behandelt.
- Bei den Themen gibt es keine Einschränkung, da es keine Trennung zwischen „Erwachsenenthemen“ und „Jugendthemen“ gibt. Dementsprechend wichtig ist es, allen ein Rede- und Antragsrecht im Coburger Stadtrat zu ermöglichen.
- Ein eigenes Stimmrecht im Stadtrat hat das Jugendparlament, aufgrund der bayerischen Gemeindeordnung, nicht.
- Der Stadtrat stellt dem Jugendparlament einen eigenen Etat zur Verfügung, über den das Gremium zum Wohle der Coburger Jugend entscheiden kann.
- Die Arbeit des ehrenamtlichen Jugendparlamentes wird durch einen Mitarbeiter der Verwaltung unterstützt.

Wählergemeinschaft PRO Coburg

96450 Coburg

Ketschendorfer Str.41a



- Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis dieses Antrages eine Verwaltungssatzung für das Jugendparlament vorzubereiten und diese zur Beratung dem Stadtrat und seinen Ausschüssen vorzulegen.
- Die Verwaltung erarbeitet bis zur Februarsitzung des Stadtrates einen Zeitplan für die Umsetzung eines Jugendparlaments im Jahr 2020
- Es soll eine Verschmelzung zwischen Jugendforum und dem neuen Jugendparlament geben, der Jugendring ist und bleibt eine Interessenvertretung der Jugend.

Begründung:

Viele Städte wie Wiesbaden, Stuttgart, Darmstadt oder Marburg ermöglichen Jugendlichen politische Teilhabe und haben ein Jugendparlament bereits erfolgreich etabliert. Ein Jugendparlament ist, nach Ansicht der Antragsteller, ein geeignetes Mittel, junge Menschen an den Entscheidungen der Stadtgesellschaft unmittelbar teilnehmen zu lassen. Seit Monaten gehen auch in Coburg freitags Schülerinnen und Schüler auf die Straße und demonstrieren für einen besseren Klimaschutz und für mehr Mitbestimmung bei gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Sie wollen gehört werden und eine politische Stimme haben. Für uns ist ein Jugendparlament geeignet, um die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen nachhaltig zu verbessern.

Ein Jugendparlament kann dazu beitragen, nicht nur die aktuellen Proteste und vielfältigen Aktionen junger Menschen aufzugreifen, sondern es soll insgesamt junge Menschen auf allen politischen Ebenen stärken und sie an den Entscheidungsprozessen unmittelbar beteiligen. Im Jugendparlament sollen dazu im monatlichen Turnus über alle Fragen diskutiert, Stellungnahmen erarbeitet und diese im Stadtrat zu Gehör gebracht werden können.

Junge Menschen können so nicht nur früh mit demokratischen Spielregeln vertraut gemacht, sondern können auch aktiv an Politik und den Entscheidungen beteiligt werden. Nur durch diese Mitwirkung können junge Menschen erfahren, dass auch sie eine Stimme in der Gesellschaft haben. Durch die Aufnahme des Jugendparlaments in die Beratungsfolge des Stadtrates bei allen Themen, die einen jugendrelevanten Bezug besitzen, sollen die besonderen Bedürfnisse und ggf. unterschiedlichen Standpunkte der Jugendlichen in die Meinungsfindung der kommunalen Gremien einbezogen werden.

Nachdem die meisten Bevölkerungsgruppen der Stadt ein eigenes Gremium haben (Seniorenbeirat, Sportbeirat, ÖPNV Beirat etc.), ist es unverständlich, warum gerade die große Gruppe der Jugendlichen keine direkten politische Mitgestaltungsmöglichkeit in der Stadt hat. Die Einrichtung eines Jugendparlaments stellt für uns einen wesentlichen Baustein in der Beteiligung junger Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihres Lebensumfelds dar. Viele Kommunen haben bereits Jugendparlamente, die die demokratische Kultur ihrer Kommunen bereichern.

Coburg, den 25.11.2019

Jürgen Heeb

Horst Geuter

Peter Kammerscheid